



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Digitalisierung als Bedrohung der Demokratie?

Politikwissenschaftliche Untersuchungsansätze und Einordnungen

Ringvorlesung Digitalisierung TUM

Informatik 22 – Lehrstuhl für Software Engineering Prof. Dr. Alexander Pretschner

Garching | 4. Juli 2017

Prof. Dr. Ursula Münch

Universität der Bundeswehr München/Akademie für Politische Bildung

Kontakt: u.muench@apb-tutzing.de



Gliederung

1. Digitalisierung als zentrales Element des gesellschaftlichen und politischen Wandels (Querschnittsdimension)
2. Zur Notwendigkeit „digitaler Governance“
3. Der politikwissenschaftliche Blick auf die drei Dimensionen von (Digital-)Politik
4. Beispiele für Fragestellungen im Bereich „Digital Policy“ und „Digital Politics“
5. Zur Frage des demokratiegefährdenden Potentials der Digitalisierung: erste Antwortversuche aus dem Bereich „Digital Politics“



Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Entwicklungstrends (mit gegenseitigen Wechselwirkungen):

- **Sachliche Dimension:** Interdependenz und Technisierung/
Verwissenschaftlichung
- **Territoriale Dimension:** Europäisierung und Globalisierung
- **Zeitliche Dimension:** Beschleunigung und Parallelität
- **Gesellschaftliche Dimension:** Segmentierung
- **Querschnittsdimension:** Digitalisierung mit besonderer
Herausforderung für Politik wegen Kompetenz, Zeit, Raum



Veränderte gesellschaftliche Ausgangsbedingungen mit Relevanz für Politikwissenschaft (I)

- Zeit des „Gewissheitsschwundes und der Identitätssuche“
- Mit dem Erfolg der sozialen Netzwerke und digitalen Portale geht der Abschied von der medialen Mäßigung einher, der die „bürgerliche Öffentlichkeit“ lange Zeit geprägt hat. Statt dessen neue Bühnen für Selbstdarstellung und Mobilisierung.
- Digitalisierung ermöglicht „mass self-communication“ (Manuel Castells): Nutzer erstellen und senden selbst Inhalte; gleichzeitig wählen Empfänger selbstselektiv Botschaften aus.
- Weitere Auseinanderentwicklung von „narrativem“ und „szientifischem Wissen“ – v.a. aufgrund Funktionsbedingungen der „sozialen Medien“. Veränderter Umgang mit Expertenwissen.



Veränderte gesellschaftliche Ausgangsbedingungen mit Relevanz für Politikwissenschaft (II)

- Entstehen neuer sozialer Räume mit globaler Reichweite: Individuen spüren die Globalität von Politik (z.B. soziale Bewegungen, Migration, aber auch Homogenisierung der Kulturindustrie).
- Demokratisierung von Wissen = Wissen als „Allmende“
- Plattformen/Clouds/Blockchains als Impulsgeber bzw. Drehscheiben für die Wertschöpfungssysteme der Zukunft: Die Neuorganisation von Geschäftsmodellen und Arbeit macht politische und rechtliche Regulierung erforderlich.
- Digitalisierung bringt qualitativ neue Komponente in die ständige Neuverhandlung der Machtgrenzen zwischen Staaten, Bürgern und der globalisierten Wirtschaft.



Verständnis von Digitalisierung

- Digitalisierung ist die Transformation von Gesellschaft und Arbeitswelt resultierend aus dem aktuellen informations- und kommunikationstechnischen Fortschritt.
- Durch sie entsteht eine neue Qualität von Information, Kommunikation, Automatisierung und Vernetzung.
- Digitalisierung eröffnet fundamental neue Möglichkeiten, erlaubt erhebliche Produktivitätssprünge, löst gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzungen aus.
- Partizipationsrelevante Merkmale digitaler Medien: Ortlosigkeit und Entgrenzung, Schnelligkeit, Synchronität, Interaktivität



Forschungsthemen der Politikwissenschaft mit Blick auf demokratierelevante Auswirkungen der Digitalisierung (I)

- Bestandsaufnahme zu Auswirkungen auf Akteursstrukturen und Identifikation potentieller Ungleichgewichte im Prozess der Meinungs- und Willensbildung: **dezisive Ebene der Gewaltenteilung** (Winfried Steffani)
- Aushöhlung des **Repräsentativsystems?** (Bestärkung dessen Kritiker durch Verweis auf digitale Alternativen)
- Veränderungen im Verhältnis Staat – Bürger/
Grundrechtsschutz: komplexere Aushandlungsprozesse um die Konzepte von **Freiheit und Sicherheit** (Einsatz von Quellen-TKÜ-Software – „Bundestrojaner“)



Forschungsthemen der Politikwissenschaft mit Blick auf demokratierelevante Auswirkungen der Digitalisierung (II)

- Veränderungen in der **politischen Beteiligung** von Bürgerinnen und Bürgern?
 - Emanzipatorisches vs. manipulatives Potential der Digitalisierung ergibt Frage nach Veränderungen des Rationalitätsniveaus politischer Diskurse: Erosion des öffentlich orientierten Staatsbürgertums? (Hubert Buchstein)
 - Verstärkung oder Ausgleich bestehender Beteiligungshemmnisse (Verstärker- vs. Mobilisierungsthese); Intensivierung des „participatory divide“?
- Außerdem Untersuchung des Einflusses der Digitalisierung auf zahlreiche **andere Politikfelder**: Netzpolitik, Technologie- und Innovationspolitik, Medienpolitik, Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Sicherheitspolitik etc.



Notwendigkeit „digitaler Governance“ (I)

- Digitalisierung eröffnet neue Handlungsräume und stellt zugleich bestehende Wertevorstellungen und akzeptierte Prinzipien in Frage. Daraus ergibt sich das Erfordernis der **gesellschaftlichen (Neu-)Aushandlung von Werten und Prinzipien**.
- Im Rahmen technologischer Innovationen wie der Digitalisierung müssen demnach **nicht-technologische Implikationen** bedacht und ggf. politisch umgesetzt werden.
- **Praktische Anforderungen** an politische Gestaltung der Digitalisierung ergeben sich außerdem aus der digitalen Sorglosigkeit, Unwissenheit oder Handlungsunfähigkeit individueller Nutzer – diese kann Sicherheitsprobleme auch für Kritische Infrastruktur nach sich ziehen.



Notwendigkeit „digitaler Governance“ (II)

- Die **Regulierung** der verschiedenen Aspekte der Digitalisierung obliegt zuvorderst den staatlichen Akteuren auf den verschiedenen politischen Ebenen.
- In den entsprechenden **politischen Entscheidungsprozess** fließen die Belange der Wirtschaft, der verschiedenen Interessengruppen sowie der „Zivilgesellschaft“ ein.
- Dieser Prozess stellt demnach keine technische oder administrative, sondern eine **politische Aufgabe** dar. Für politische Akteure ergibt sich die Herausforderung:
 - ggf. bestehende Regelungslücken zu identifizieren,
 - handlungsbestimmende Normen anzupassen, zu übertragen oder überhaupt erst zu entwickeln,
 - Interessen so auszugleichen, dass das Gemeinwohl gewahrt wird.



Forschungsinteresse der Politikwissenschaft allgemein – die drei Dimensionen von Politik

- **Polity**: die institutionellen und normativen Grundlagen der Politik = die institutionellen Formen des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses; die Kompetenzverteilung.
- **Policy**: der Inhalt von mit Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit getroffenen Entscheidungsprozessen sowie die Ziele, welche die politischen Akteure erreichen wollen.
- **Politics**: die prozessualen Aspekte politischen Handelns = aus Interessensgegensätzen und interessengeleitetem Handeln hervorgehender Konfliktaustrag und Konsensbildung. Konkret: die Interaktion aller staatlichen und nicht-staatlichen Akteure inkl. Lobbyisten, Experten und Bürgern.



Die drei Dimensionen von Politik mit Blick auf die Digitalisierung

- **(Digital) Polity:** befasst sich z.B. mit dem Aufbau und Unterhalt der technischen Infrastruktur; Frage nach der Regulierungszuständigkeit („Digitalisierungsministerium“?), supranationale und föderale Aufgabenverteilung und Zuständigkeiten.
- **(Digital) Policy:** die einzelnen Teilbereiche der Digitalisierung, die zu regeln sind: z.B. Urheberrecht, Datenschutz, Jugendschutz, Medienpolitik, Netzneutralität, sozialpolitische Folgen von Digitalisierung, Sicherheitsfragen, Bekämpfung Cyber-Kriminalität etc.
- **(Digital) Politics:** u.a. Machtverschiebungen infolge der Ablösung bisher abgrenzbarer souveräner Räume im Gefüge Politik, Gesellschaft und Wirtschaft durch Netzwerkstrukturen



Beispiel für (Digital) Policy: Internetsicherheit als neues Politikfeld

- Feststellung von Marktversagen mit Blick auf Sicherheit des **IoT**: Ökonomische Anreize funktionieren ungenügend.
- Folge: Digitale Sorglosigkeit privater Nutzer, aber auch von KMU schafft Anfälligkeit für Sicherheitsrisiken, u.U. in der Folge auch für Kritische Infrastruktur.
- **Welche Möglichkeiten der politischen Steuerung sind gegeben?**
 - Produkthaftung für mangelhafte Software
 - Staatlich verordneter „Impfzwang“?
 - Setzen ökonomischer Anreize – z.B. IoT-Gütesiegel
- **Welche Akteure** verfolgen aufgrund welcher **Interessenlagen** und **Handlungsoptionen** welche **Lösung** – und welche Ansätze setzen sich in Parteien, Parlament und Regierung durch?



„Digital Politics“ und Demokratietheorie

Unterscheidung zwischen:

- zum einen die auf das Politikfeld Digitalisierung bezogenen politischen Prozesse (s.o.).
- zum anderen die Auswirkungen von IuK auf den Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung: Veränderung der herkömmlichen Prozesse der Willensbildung – nämlich **Interessenartikulation, Interessenaggregation** sowie **Mobilisierung** – durch die sozialen Netzwerke, digitalen Plattformen oder den Einsatz von „Data Science“:
 - Neues partizipatives Potential durch Erweiterung des Partizipationsrepertoires?
 - Oder lediglich „Mikroaktivität“ und „Symbolische Partizipation“ (Ritzi/Wagner), also Konstruktion einer „aktivistischen Identität“ (Kersting 2014)?



Zur Frage des demokratiegefährdenden Potentials der Digitalisierung: erste Antwortversuche aus dem Bereich „Digital Politics“

Ausgangspunkte:

- **Öffentlichkeit** und funktionierender öffentlicher Diskurs als Voraussetzung für die Möglichkeit einer Entwicklung kollektiver Handlungsfähigkeit.
- Freiheit des öffentlichen Austausches als zentrales Merkmal und als **Legitimationsgrundlage** liberaler Demokratien.

Einfluss der Funktionslogik der neuen Informations- und Kommunikationstechnologie auf die politische Kommunikation und auf den politischen Prozess im Allgemeinen:

Lediglich Entstehung **neuer Formen von Partizipation** oder womöglich grundlegender „**Formwandel der Demokratie**“?



Auswirkungen veränderter Partizipationsmöglichkeiten auf „Digital Politics“

- Veränderte deliberative Beteiligungsverfahren in Form sogenannter „Mini Publics“:
 - verbessern u.U. demokratische Legitimation von Entscheidungen durch Einbindung marginalisierter Gruppen (digitale Inklusion)
 - Andererseits aber Gewichtsverschiebung von der parlamentarischen hin zu privaten Kanälen, u.U. Einflussdisparitäten
- Multiplizierung von (Teil-)Öffentlichkeiten, Bedeutungsverlust klassischer Massenmedien und der Gatekeeper-Funktion
- Kollaborative Wissensspeicher wie Wikipedia, Open Educational Sources verändern das Rezipientenverhalten.
- Bedeutung sozialer Netzwerke auch als Indiz für den Ansehensverlust „vertikaler Vertrauensobjekte“ und den Ansehensgewinn „horizontaler Vertrauensobjekte“



„Digital Politics“: Machtverschiebungen im politischen Prozess

1. Entwicklung von Kriterien zur Einordnung von Machtverschiebungen:

Auswirkungen der Digitalisierung auf:

- Chancengleichheit unterschiedlicher (ökonomischer) Interessen
- Legitimation der Willensbildung
- Umsetzung des Gemeinwohls

2. Entwicklung von Kriterien für Erfordernis einer Regulierung



„Digital Politics“: Machtverschiebungen im politischen Prozess

Positive Potentiale	Nachteilige Potentiale
Erhöhung Transparenz politischer Entscheidungen	Als Reaktion auf höhere Transparenz weitere Verlagerung politischer Entscheidungen in Arkanbereich
Ermöglichung von „mass self-communication“	• Bedeutungsverlust „Gatekeeper“: Verlust Strukturierungs- und Filterungsfunktion • Zunahme Emotionalität • Entstehung selbstreferentieller Teilöffentlichkeiten mit Auswirkungen auf die Wahrnehmung der öffentlichen Meinung • Wachsende Anfälligkeit für Vereinfachung und Populismus • qualitative Verschlechterung des öffentlichen politischen Diskurses



„Digital Politics“: Machtverschiebungen im politischen Prozess

Positive Potentiale	Nachteilige Potentiale
Innovationsgewinne durch Plattformökonomie, Block Chain etc.	Wahrnehmung eines Teils der Öffentlichkeit, dass Vorteile der Digitalisierung privatisiert und ihre Nachteile sozialisiert würden.
Erweiterung des demokratischen Diskurses	Neue Manipulationsmöglichkeiten: • Algorithmenbasierte Informationssammlung • Social bots und Fake news • Radikalisierung der Meinungsbildung und diskursive Entgrenzung: Internet als Kampfplatz der politische Ideen



„Digital Politics“: Machtverschiebungen im politischen Prozess

Positive Potentiale	Nachteilige Potentiale
Steigerung politischer Inklusion durch verstärkte politische Konsultation	Angesichts unzureichender Vereinbarkeit mit den bestehenden Prozessen des Interessenausgleichs zusätzliches Potential für Unzufriedenheit.
Steigerung individueller Teilhabemöglichkeiten	Angesichts fehlender digitaler „Barrierefreiheit“ (Bildungsgrad, Generation etc.) sogar Schwächung der Hörbarkeit nicht privilegierter Gruppen.
Digitale Demokratie	Überhöhung von Partizipationserwartungen



Gegenstand von „Digital Politics“: Welche neuen Akteure und neuen Formate?

Der Aushandlungs- und Koordinationsprozess, in dem die globale Digitalpolitik entwickelt wird, unterscheidet sich von anderen politischen Prozessen:

- Neue Akteure: z.B. nationale/internationale Standardisierungsgremien, globale Internetunternehmen, Organisationen wie ICANN bis hin zu lokalen Nichtregierungsorganisationen, aber auch Nationalstaaten.
- Aushandlungsprozesse zudem in anderen Netzwerken:
 - **Internet Governance Forum (IGF)** der UN sowie regionale und nationale IGFs
 - **Freedom Online Coalition**
 - **Internet Society (NGO)**
 - **eco** – Verband der Internetwirtschaft e.V.

Quelle:
Das sind die
wichtigsten Akteure
der Digitalisierung,
in: Politik &
Kommunikation,
<https://www.politik-kommunikation.de/reports/artikel/das-sind-die-wichtigsten-akteure-der-digitalisierung-938984952>





Demokratietheoretisch relevante Auswirkungen auf den Bereich Machtverteilung und Herrschaft

Demokratiegewinn	Demokratieverlust
Belebung des politischen Willensbildungsprozesses und damit der Demokratie durch erweiterte Informations- und Partizipationsformen.	Wachsender staatlicher Kontrollanspruch – nicht nur in Autokratien: Gerade vernetzte Kommunikation wird zur „kritischen Infrastruktur“ erklärt; Tendenz zur „Versicherheitlichung“.
Wachsendes Angebot an Informationen und Wissen durch Bedeutungszuwachs privater Akteure.	Klassische Steuerungsinstrumente verlieren an Bedeutung – was tritt an ihre Stelle?



Lesenswert

Deutschland sicher im Netz: DsiN SicherheitsIndex2017: Digitale Sicherheitslage der Verbraucher in Deutschland, 2017, https://www.sicher-im-netz.de/sites/default/files/download/dsin_sicherheitsindex_2017_web_0.pdf

Jaume-Palasi, Lorena/Pohle, Julia/Spielkamp, Matthias: Digitalpolitik. Eine Einführung, Berlin: Wikimedia Deutschland e.V. 2017

Kersting, Norbert: „Online-Beteiligung. Elektronische Partizipation, Qualitätskriterien aus Sicht der Politik“ in: Kathrin Voss (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden, 2014, S. 53–85

Kneuer, Marianne: Digitale Medien in der Vergleichenden Politikwissenschaft, in: Lauth Handbuch 2016

Lobo, Sascha: Das Ende der Gesellschaft. Digitaler Furor und das Erblühen der Verschwörungstheorien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2016, S. 59-74

Münkler, Herfried: Disziplinäre Konturen als Voraussetzung interdisziplinärer Kooperation, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27 (2017), Heft 1, S. 79-80

Osztovcics, Walter/Kovar, Andreas/Fernsebner-Kokert, Bettina: Arena Analyse 2017 Demokratie neu starten http://www.publicaffairs.cc/wp-content/uploads/2017/01/AA2017_Demokratie_neu_starten.pdf



Lesenswert

Stegherr, Mirjam: Das sind die wichtigsten Akteure der Digitalisierung, in: politik & kommunikation vom 19.12.2016, <https://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/das-sind-die-wichtigsten-akteure-der-digitalisierung-938984952>

Stemmer, Michael: Digitale Governance – Ein Diskussionspapier, Kompetenzzentrum Öffentliche IT [<http://www.oeffentliche-it.de/diskussionspapier>]; https://irights.info/wp-content/uploads/2017/05/Digitalpolitik_-_Eine_Einfuehrung.pdf

Ritzi, Claudia/Wagner, Aiko: Symbolische Beteiligung oder ‚echte‘ Partizipation? Eine repräsentative Untersuchung der politischen Beteiligung junger Erwachsener in Deutschland ‚online‘ und ‚offline‘. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 2/2016

Wittpahl, Volker (Hrsg.): Digitalisierung: Bildung, Technik, Innovation, Wiesbaden: Springer 2017

Zehnpfennig, Barbara: Zukunft der Demokratie. Warum mehr Transparenz per Internet zu weniger Demokratie führen kann, in: FAZ vom 20.1.2013
[<http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/zukunft-der-demokratie-strukturlose-oeffentlichkeit-12031710.html>]

Zolleis, Uwes: Wann beginnt der Heißhunger? Noch werden die Möglichkeiten von „Big Data“ in der Politikwissenschaft wenig wahrgenommen, in: Politische Studien Mai/Juni 2014, S. 19-24



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 · 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de